



0170
966

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, KP, 11055 Berlin

Herrn
Dr. Hermann E. Ott MdB
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Postaustausch

Ursula Heinen-Esser
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

Buero.Ursula.Heinen@bmu.bund.de
www.bmu.de

Berlin, 17. April 2013

Fragestunde des Deutschen Bundestages am 17. April 2013
Frage Nr. 55 (Arbeitsnummer 37)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Lehrer Heinen-Esser,

als Anlage erhalten Sie die schriftliche Antwort auf Ihre für die oben ge-
nannte Fragestunde gestellte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Heinen-Esser
Ursula Heinen-Esser

Anlage

- 1 -



Mündliche Fragen von MdB Dr. Hermann E. Ott für die Fragestunde am 17. April 2013

Frage 55 (Arbeitsnummer 37):

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Abstimmung im EU-Parlament zur Reform des Emissionshandels, und welchen Einfluss hatte der Appell der Evangelischen Kirche Deutschlands und des Kommissariats der deutschen Bischöfe, mit dem sie die Bundesregierung dazu aufgefordert haben, der Reform des Emissionshandels zuzustimmen, und gleichzeitig ihre Sorge gegenüber „den Lebensbedingungen künftiger Generationen sowie der Bewahrung der Schöpfung“ (siehe beispielsweise „Heilige Allianz für den Klimaschutz“, Süddeutsche Zeitung vom 11. April 2013, S. 8) zum Ausdruck brachten?

Antwort:

Die Bundesregierung wird das ablehnende Votum des Europäischen Parlaments zu den backloading-Vorschlägen der EU-Kommission zunächst bewerten, bevor sie weitere Schlussfolgerungen daraus zieht.

Im Vorfeld dieser Abstimmung hat es eine Reihe von Stellungnahmen aus den Reihen der Wirtschaft sowie anderer Verbände und Interessengruppen gegeben. Welchen Einfluss dabei einzelne Stellungnahmen hatten, lässt sich im Nachhinein nicht beurteilen.